



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/92 - 20.4.1956

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31-33
Fernschreiber 039 890

Storons Rentenentwurf	S. 1
Die Entstalinisierung der Volkdemokratien	S. 3
Automation und ihre Wirkungen (III)	S. 5
Zum einem Verdict Erzbischofs Frings	S. 7

Spät kommt ihr.....

H.R. Nachdem die sozialdemokratische Bundestagsfraktion am 17.4.1956 den vollständigen und beratungreifen Entwurf eines Gesetzes über die Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten im Bundestag eingebracht hat, sieht sich die Bundesregierung offensichtlich genötigt, verlorengangenes Terrain wieder zurückzugewinnen.

Der Bundesarbeitsminister hat nunmehr, zwei Tage nach dem Vorliegen des SPD-Entwurfs, in einer mit viel Propagandaaufwand angekündigten Pressekonferenz nicht etwa ein fertiges Gesetz, sondern lediglich einen "Grundentwurf", der dazu noch nicht einmal die Billigung der übrigen Minister der Regierung gefunden hat, vorgelegt. Der Entwurf des Arbeitsministers, den er selbst nur als eine Diskussionsgrundlage bezeichnet, ist, vorsichtig gesagt, unvollständig. Im Gegensatz zum Entwurf der SPD, der, wie alle Fachleute inzwischen bestätigen, aus einem Guss und wohl-durchdacht ist, fehlen in der "Diskussionsgrundlage" des Arbeitsministers viele unerlässliche Vorschriften, vor allem die entscheidenden Angaben über die Finanzierung.

In Abwandlung des bekannten Sprichworts ist man geneigt zu sagen: "Hättet Ihr Euren Entwurf erst fertiggestellt, Ihr wäret klüger gewesen"! Zu allem Überflus behauptet jetzt Herr Ministerialdirektor Dr. J a r t z, dass die Vorlage der SPD weitgehend den Vorstellungen

der Bundesregierung entsprechen. Hiervon kann doch wohl kaum die Rede sein. Die SPD überlässt es der breiten Öffentlichkeit, sich ein Urteil hierüber zu bilden.

Die SPD hat immer eine automatische Anpassung der Renten an die Lohn- und Gehaltsentwicklung gefordert. Im Gegensatz dazu will der Arbeitsminister ein sogenanntes Sozialratsverfahren entwickeln, bei dem verschiedene Minister sogar noch ein Vetorecht gegen die Anpassung der Renten an die Löhne und Gehälter haben sollen. Die SPD fordert weiter ein Altersruhegeld bei normalen Arbeitsleben von 75 %, während der Arbeitsminister 60 % für ausreichend hält. Erstaunlich ist, dass der Arbeitsminister trotz fehlender Finanzierungsvorschläge schon jetzt weiss, dass seine Konzeption auf eine 2 %-ige Beitragserhöhung, die je zur Hälfte von Arbeitnehmer und Arbeitgeber aufgebracht werden soll, hinausläuft.

Diese wenigen Punkte allein schon genügen, um zu zeigen, wie schlecht und lückenhaft der Vorschlag des Arbeitsministers ist.

Die Pressekonferenz, auf der der Arbeitsminister seinen Entwurf vorlegte, lässt darauf schliessen, dass die CDU anscheinend über das zielbewusste Vorgehen der Sozialdemokraten erschrocken ist und sich überrundet fühlt. Die CDU ist offensichtlich enttäuscht, dass die langsame Arbeitsweise des Bundeskabinetts und der Sozialexperten des Arbeitsministers dazu geführt haben, dass der Arbeitsminister nunmehr mit erheblicher Verzögerung und unzulänglicher Konzeption aufwartet.

Die Sozialdemokraten erheben keinen Anspruch auf ein Erstgeburtsrecht. Die Regelung der Rentenversicherung ist ihnen zu wichtig, als dass sie bereit wären, um des politischen Vorteils willen die notwendige Regelung der Alterssicherung zu verzögern. Es würde ihnen nichts ausmachen, wenn der von ihnen eingereichte Gesetzentwurf zugleich als Entwurf der Regierung behandelt würde; sie wären im Gegenteil darüber sehr erfreut.

Wie wäre es mit einer Sondersitzung des Bundestages über diesen Gesetzentwurf, der doch, wie der Arbeitsminister erklärt, den Vorstellungen der Regierung entspricht? Die Regierungsparteien könnten in diesem Falle der einmütigen Zustimmung der Opposition sicher sein.

Von der Vergänglichkeit kommunistischer Laufbahnen

von einem gelegentlichen Mitarbeiter

Kaum hatten sich die volksdemokratischen Gäste in Moskau vom Schrecken über die Abkehr vom Stalin-Mythos erholt, standen sie auch schon vor dem Zwang, in ihren Ländern nachzuziehen. Den Reigen der Selbstbekenntnisse eröffnete die ungarische KP mit dem Geständnis, den früheren Aussenminister Rajk und viele seiner Mitarbeiter, darunter auch manchen Sozialdemokraten, wahrheitswidrig des Verrats und der Verschwörung mit Tito beschuldigt zu haben. Da der Budapester KP-Häuptling ebensowenig wie der sowjetzonale Stalinist Ulbricht bereit war, die Schuld an der rechtswidrigen Vernichtung seines Nebenbuhlers auf sich zu nehmen, wurde ein Sündenbock gesucht und in dem früheren Polizeichef Gabor Peter gefunden; im Gefängnis, wo er seit drei Jahren wegen Staatsverbrechens sitzt, kann er nun noch viel länger über die Vergänglichkeit kommunistischer Laufbahnen nachdenken.

Über diese politisch-kriminellen Ereignisse hinaus machte sich ein neuer Stil bemerkbar. Am sogenannten Befreiungstag, dem Nationalfeiertag Anfang April, sprachen in Ungarn Redner von "sozialistischer Gesetzlichkeit" und stellten die bisher an die Wand gedrängte "Vaterländische Volksfront" stärker als die KP als tragendes Element heraus. Selbst für die Kriegsoffer der westlichen Kriegsalliierten fand man erstmalig freundliche Worte. Ebensowenig wie die 3. Parteikonferenz der SED Moskauer Gäste begrüßen konnte, war eine sowjetische Delegation in Budapest zu sehen; allzu bescheiden rangierte sich Moskaus Botschafter in die Reihe der anderen Diplomaten ein.

In Warschau wurde der von dem rechtzeitig in Moskau gestorbenen Bierut ins Gefängnis gesetzte Parteisekretär Wladislaw Gomułka begnadigt. Ihm folgten hohe Armeeoffiziere in die Freiheit - alle hatten sie gegen die Sowjetisierung Polens und die Vormundschaft Rokossowskis aktiv demonstriert. Hier musste Beria noch den späten Schuldigen abgeben. Dazu machten die nationalpolnischen Kommunisten ihre Gegenrechnung auf: Sie verlangten, dass der echte Urheber der polnischen Offizierermordungen im Walde von Katyn - Stalin - beim Namen genannt wird.

Die herrschende Gruppe der rumänischen Kommunisten beeilte sich, der Anschluss an den Kurswechsel nicht zu verpassen. Parteisekretär Georghiy Dej ging in seiner Selbstkritik sehr weit und schnitt als erster die Frage an, ob man nicht damit beginnen solle, den Namen Stalin durch abermalige Umbenennung von Städten und Werken, Strassen und Plätzen -4-

dem Vergessen auszuliefern. Das erschien ihm offenbar recht zugkräftig angesichts der für ihn peinlichen Tatsache, dass auch er die hingerichteten Kommunisten des rechten Flügels, die Patrascanu und Anhang, nicht mehr lebendig machen kann.

Die grössten internen Schwierigkeiten scheinen sich in Bulgarien und in der Tschechoslowakei zu ergeben. In Sofia musste erst handfester sowjetischer Druck wirksam werden, bis das ZK der bulgarischen KP bereit war, den Ministerpräsidenten Tschewtschew fallen zu lassen. In Moskau hat man es sehr böse vermerkt, dass Sofia mehr als 4 Wochen brauchte, um aus den Vorgängen im Kreml die notwendigen Folgerungen zu ziehen. Ulbricht war da schneller und rettete vielleicht nur so seine Existenz.

Titos starke Stellung

Auch in Prag sind die Schwierigkeiten nach dem Götzensturz noch längst nicht überwunden. Zwar ist der grösste Stalinjünger, Gottwald, tot, aber die Siroky und Fierlinger sind verzweifelt bemüht, selbst unbeschädigt über die Runden zu kommen. Der Slansky-Prozess, dem auch Aussenminister Clementis zum Opfer fiel, hatte Tito besondere Angriffsflächen geboten. Das Fehlurteil jener Tage wird dennoch nicht im Ganzen revidiert, sondern nur in jenen Teilen, in denen eine Verschwörung mit Tito konstruiert worden war. Der Vorwurf der titoistischen Verschwörung gegen die Hingerichteten wird weiter aufrechterhalten.

In der langen Kette der Kurswechsel darf Albanien nicht fehlen, dessen Regierungschef sich beeilte, eine Anbiederung bei Tito und bei Griechenland zu lancieren, mit denen er jahrelang die Waffen gekreuzt hatte. Alle Reaktionen der einzelnen KPs, die ihrer Sekretäre, Zks und Regierungskliquen machen klar, dass Moskau seinen Satelliten sehr viel zumutete, als es Stalin abschwor. Denn die Balkan-Stadthalter hatten sie völlig mit ihm identifiziert. Sie haben sich zunächst zwar an das rettende Ufer flüchten können, doch kann sie dort noch manche Rache treffen die Titos in erster Linie. Er kann heute bis nach Moskau Forderungen stellen, und er kennt alle seine Feinde in seiner Nähe. Seine erfolgreiche Härte kann zudem nationale Kommunisten in den Volksdemokratien dazu verleiten, auch für ihr Land einen eigenen Weg zu gehen. Wo bleiben dann die gemauerten Stalinisten, da Moskau kaum die Finger rühren wird, sie vor den eigenen Genossen zu retten, wenn es in die jeweils gültige Kreml Linie passt? Der Kater an Weichsel, Moldau und Donau ist gross.

Automation und menschliche Arbeitskraft

III

RAP. Von der Automation wird eine Geschichte erzählt, die, wenn nicht wahr, dann doch gut erdacht ist: Walther Reuther, der amerikanische Gewerkschaftsführer, wurde von dem ihn in der automatischen Fabrik führenden Direktor bei Ford darauf aufmerksam gemacht, dass die elektronisch gesteuerten Roboter nicht gewerkschaftlich organisierbar wären. Reuther antwortete schlagfertig, dass diese aber auch keine Automobile kaufen könnten. Dieses Histrochen enthält Falsches und Wahres.

Tatsächlich wird die automatische Fabrik menschenleer erscheinen. Dennoch wird es wahrscheinlich mehr Menschen als zuvor geben, die für Lohn oder Gehalt arbeiten müssen, demnach auch grundsätzlich für den gewerkschaftlichen Zusammenschluss zu gewinnen sind; die Gewerkschaften sind ja schliesslich ein Produkt der Lohnarbeit, der eigentümlichen Trennung von Arbeitskraft und Arbeitsmittel. Ebenso wird es unter den vielen Arbeitskräften des Zeitalters der Automation mehr Autokäufer geben müssen als heute vorhanden sind. Das vielzitierte automatische Motorenwerk Fords in Cleveland (Ohio - USA) liefert nach 15 Minuten einen Motorenblock, an dem 540 Arbeitsgänge, jeder einzelne automatisch ausgeführt und kontrolliert, auf einem 500 Meter langen Fließband vorgenommen wurden; vorher waren dazu neun Stunden erforderlich.

Grössere Anforderungen

Ohne die Augen vor gewissen Gefahren zu verschliessen, haben die Gewerkschaftsbewegungen, aber auch die sozialistischen Parteien wirtschaftlich und sozial fortgeschrittener Länder erkannt, dass die neue Phase der industriellen Technik eine Tatsache ist. Man hat sich auf sie eingestellt, aber man erhebt bereits angemessene Forderungen an sie. Es wäre geradezu widersinnig, wenn sich gewerkschaftlich organisierte Arbeitnehmer oder gar demokratische Sozialisten gegen den technischen Fortschritt wenden würden, der eine höhere Produktivität der Arbeitskraft und damit einen höheren Lebensstandard ermöglicht.

Die Produktion der Massenerzeugnisse mit Hilfe der Automaten, Halbautomaten und Fließbänder von gestern hatte die Arbeiter in gelernte, angelernte und ungelernete geschieden; die erstgenannten bauten die Apparaturen, die von den letztgenannten beiden Gruppen bedient wurden. Im allgemeinen beherrschte die Maschine den Menschen in seiner Arbeit. An den Arbeitsstätten der modernen Automation sieht man zwar wenig Arbeitskräfte, aber noch weniger unqualifizierte Arbeitskräfte. Was man im ersten Augenblick nicht sehen kann, ist eine grosse Anzahl hochqualifizierter und hochbezahlter Arbeitskräfte. Im Zeitalter der Automation wird die unqualifizierte Routinearbeit von den elektronisch gesteuerten Automaten geleistet; der Mensch selbst wird "entautomatisiert", wird vermenschlicht.

Während die komplizierten Automaten die Arbeitskraft junger ungelernerter Mädchen und junger angelernter Burschen ersetzt, verlangt ihre Herstellung und Installation ganze Heere qualifizierter Arbeiter und Angestellten: Mechaniker, Elektriker, Ingenieure, Konstrukteure, Mathematiker, Physiker sowie die verschiedensten Kombinationen dieser Fähigkeiten; daneben kühl Überlegende, aber kühner und rascher Entschlossene

fähiger kaufmännischer Führungskräfte.

Höherer Ausbildungsstand notwendig

Mit den grösseren Anforderungen an die Qualifikationen der Arbeitskraft stellt die Automatisierung Ansprüche auf neue Schulungs- und Ausbildungsmöglichkeiten. Der Ausbildungs- und Bildungsstand der gesamten arbeitenden Bevölkerung wird ein weit höherer sein müssen als der von Gestern und Heute. Man wird jetzt schon sagen dürfen, dass die Stunde der achtjährigen Volksschule, die möglicherweise durch Schulen mittleren und höheren Unterrichts und einigen Schuljahren mehr ersetzt werden muss, geschlagen hat. Diejenigen Volkswirtschaften, die zuerst über solche besser grundgeschulte Arbeitskräfte verfügen, werden das weltwirtschaftliche Rennen mindestens in der ersten Phase des Zeitalters der Automation machen.

Die produktivsten aller Investitionen, die eine Volkswirtschaft heute machen kann, sind also die Ausbildungskosten für hochqualifizierte Lehrkräfte an Schulen aller Art von einer neuen Grundschule hin bis zur Universität und Technischer Hochschule. Die künftigen hochqualifizierten Arbeitskräfte müssen schon jetzt vor- und herangebildet werden, was nur durch hochqualifizierte und gutbezahlte Lehrkräfte geschehen kann. Es wird nicht mehr der handwerklich ausgebildete, handfertig geschulte Facharbeiter - Dreher, Fräser, Werkzeugmacher, Schlosser, Former usw. - sein, der die Chance am Arbeitsmarkt bekommen wird, sondern der allgemein geschulte, mit breiten technischen, physikalischen, mathematischen, metallurgischen und anderen Kenntnissen versehene Arbeiter oder Angestellte, der das Rennen macht. Mit Sicherheit darf angenommen werden, dass die Art der Beschäftigung, von der einfachsten bis zur kompliziertesten, oft und rasch gewechselt werden muss, was Bereitschaft und Bereitwilligkeit zum Arbeitsplatz- und Ortswechsel ebenfalls verlangt. Die Zeit der spezialisierten Berufe wird im allgemeinen zu Ende gehen.

Verstärkter Zwang zur Planung

Selbstverständlich wird die Umstellung auf die Automation vielfach zu Entlassungen von Arbeitskräften führen, während zugleich ein empfindlicher Mangel an hochqualifizierten Arbeitskräften herrschen wird. Auch diese Situation wird den der Automation innewohnenden Zwang zur Planung und Stabilisierung verstärken. Nirgends werden verantwortliche politische Kräfte zulassen können, dass eine technologische Arbeitslosigkeit als Massenerscheinung auftreten wird, wie noch in jüngstvergangenen Zeiten; am wenigsten wird man zulassen können, dass sich eine solche mit konjunkturell bedingter Arbeitslosigkeit zur Millionenarbeitslosigkeit verbindet. Die Massenproduktion der Automation und die investierten große Kapitalien verlangen den kontinuierlichen Massenabsatz auf einem relativ stabilen Markt. Mehr als zuvor wird man antizyklische Wirtschaftspolitik, Vollbeschäftigungspolitik und Sozialpolitik treiben müssen; nicht weil man will, sondern weil man muss.

*

*

- 7 -

*

"Picasso und der Kardinal"

Die in München erscheinende Zeitschrift "Die Kultur" (übrigens mit der anspruchsvollen Selbstcharakterisierung, Deutschlands einzige unabhängige Kulturzeitung) befasst sich in ihrer April-Ausgabe kritisch mit einer scharfen, religiös motivierten Verurteilung Picassos durch den Kölner Erzbischof Kardinal Frings. Dieses Verdikt hatte der Kirchenfürst "mit dem Krummstab in der Hand," alschochhoffiziell während eines Kölner Gottesdienstes ausgesprochen, am "Aschermittwoch der Künstler", vor einem Zuhörerkreis, der zum überwiegenden Teil aus Malern, Musikern, Baumeistern, Leuten vom Theater, Film und Funk bestand.

Der Verfasser, der sich als Katholik bekennt und ausweist, schreibt in einem ausführlichen, sehr ernst gehaltenen Artikel u.a.:

"Der in Köln an falscher Stelle, in einem falschen Rahmen aufgeführte Fall Picasso ist ein alarmierender, für die heutige Kirche in Deutschland symptomatischer Vorgang - er wird unvermeidlich zu einem Fall Frings den totzuschweigen unverantwortlich und verderblich wäre. Hier gilt es den Mund aufzutun, sich zur Wehr zu setzen. Auch als Katholik, gerade als Katholik, erfüllt von der Überzeugung, dass das Geschick der Kirche nicht weniger in den Herzen, Hirnen und Händen mündiger, selbstverantwortlicher Laien liegt als in den Händen der Hierarchen. Oder aber wir verschreiben uns - auch als Katholiken - jenem Gespenst, das augenblicklich in der ganzen Welt, nicht nur im politischen Raum, verheerend umgeht, das der eigentliche Widersacher der christlichen Botschaft ist - dem Totalitären. Totalitär - das Wort bezeichnet genau den Punkt meiner Sorge. Der Befürchtung nämlich, das Gerede vom Aufkommen eines "Klerikofaschismus" könnte eines nicht allzufernen Tages handgreifliche Wirklichkeit werden. Anzeichen dafür sind da. Es wird schon allzuviel von kirchlicher Seite in das Leben des einzelnen hineingeredet, hineinreglementiert bei Fragen, in denen man dem Urteil der Fachleute, der persönlichen Überzeugung und Gewissensentscheidung des einzelnen Christen freien Spielraum lassen sollte, ohne gleich den Teufel des Laizismus drohend an die Wand zu malen. Es gibt nun einmal eine echte Eigenständigkeit der weltlichen Bezirke und nicht für alles Patentlösungen christlicher Weltgestaltung.

Geht die Bevormundung auf Gebieten weiter, für die nicht autoritativ festgelegt werden kann, was dem Glauben übereinstimmt und was aus dem Glauben folgert, für die also höchstens kirchliche Anregungen am Platze sind - nun, das Ende einer solchen Entwicklung lässt sich leicht ausmalen. Bild, Film, Buch, Partei, Mode, Tanz und Zeitung, was man - 8 -

als Katholik lesen, denken, hören, sehen, schön, geschmackvoll und erfreulich finden soll und darf, wäre dann einzig und allein mehr Sache einer von allerhöchster kirchlicher Stelle ausgegebenen Ordre, der blindlings pariert werden müsste. Noch sind wir glücklicherweise nicht so weit - aber der Kölner kunstpolitische Aschermittwoch ist Anlass und Symptom genug, die heraufziehende Gefahr anzuzeigen.

* * *

Zentrale für Heimatdienst in Nöten

Uns wird geschrieben:

Die dem Bundesinnenminister unterstehende "Zentrale für Heimatdienst" ist sozusagen die Schwester des "Verfassungsschutzes." Wo dieser staatsfeindliche Bestrebungen aufzudecken und zu bekämpfen hat, soll die Zentrale für den demokratischen Staat werben. Das ist eine gute und wichtige Aufgabe, wenn sie richtig erfüllt wird. Ob das allerdings dadurch geschieht, dass sie zum kostenlosen Buchhändler von Leuten wird, die gern Bücher lesen, mag dahingestellt sein. Es gibt Leute, die sich im Laufe der Zeit eine Bibliothek von einhundert und mehr Bänden aus bundesstaatlichen Mitteln angelegt haben, die sich zum weit überwiegenden Teil gegen den Kommunismus wenden.

Gelegentlich aber gibt sich die Zentrale für Heimatdienst auch einen Ruck und verbreitet Werke, die sich gegen den Faschismus richten. So hatte die Zentrale 2000 Bände des fast vierzig DM kostenden Buches "Das Dritte Reich und die Juden" gekauft, in dem dokumentarisch Methoden und Ausmass der Judenverfolgungen und Judenvernichtung dargestellt werden. Die Verbreitung dieses Werkes wäre auch ein echtes Verdienst gewesen. Wäre... Denn es wird ausser den paar Exemplaren, die bereits verschickt wurden, die privaten und öffentlichen Bibliotheken nicht erreichen. Es ist nämlich etwas ganz Schlimmes passiert: Das Buch enthält, wie man im letzten Augenblick feststellte, auch ein Schreiben des Bundesregierungsbeamten Bräutigam, der ja bekanntlich auch einiges zur "Lösung der Judenfrage" beitrug, nicht ganz so zentral wie Herr Globke, aber vom Baltikum aus durchaus effektiv. Also wurde schärfstes Verbot erlassen, das Buch auszugeben. Der Zentrale für Heimatdienst ist es peinlich, 2000 mögliche Leser daran zu erinnern, dass hohe Bundesbeamte aktiven Anteil bei der Vernichtung der Juden nahmen.

Bleibt nur noch die Abrechnung, die finanzielle vorerst: So 000 DM kostet die Sache dem deutschen Steuerzahler...

* * *

Verantwortlich: Peter Raunau.